



Reizwörter der

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden sich auch auf das Gesundheitswesen auswirken. Impfpflicht, Cannabismedizin, Sozialunion lauten die vieldiskutierten Themen. Die ÖKZ befragte die Gesundheitssprecher der österreichischen Parlamentsparteien sowie der Grünen, welche Inhalte sie in die EU einbringen und welche EU-Vorgaben und Empfehlungen sie in Österreich umsetzen wollen.

Erika Pichler

Wenn es nach den Gesundheitsprechern der österreichischen Parteien geht, sollte im Europäischen Parlament vor allem ein flächendeckender Impfschutz aufs Tapet kommen. „Die Krankheitsausbrüche der jüngsten Vergangenheit in Europa sind ein Indiz dafür, dass Durchimpfungsraten nach wie vor zu niedrig sind“, sagt etwa der neue SPÖ-Gesundheitssprecher Philip Kucher. Für die seit Jänner 2018 als ÖVP-Gesundheitssprecherin tätige Gabriela Schwarz „wäre eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf gemeinsame Kampagnen zur Bewusstseinsbildung wünschenswert“. Und auch die FPÖ-Abgeordnete Brigitte Povysil möchte „Schritte setzen, um die immer stärker werdende Impfskepsis abzubauen“.

Ein EU-weiter Impfschutz entspricht allerdings ohnehin den Intentionen der Europäischen Union. Noch in diesem Jahr sei ein High-Level-Event zusammen mit der WHO geplant, bei dem weitere Aktionen diskutiert werden sollen, sagt Anca Paduraru, Sprecherin der EU-Kommission für den Gesundheitsbereich.

Österreich-Beiträge für die EU

Weitere Themen werden von NEOS, Jetzt – Liste Pilz und den Grünen ins Spiel gebracht. Gerald Loacker, Gesundheitssprecher der NEOS, möchte sich für attraktive Rahmenbedingungen für

Gesundheitsthemen, die Sie (im Wege der österreichischen Europaparlamentarier) in der EU vorantreiben wollen:

Gabriela Schwarz, ÖVP:

- Aktionsplan zur Bekämpfung von Krankheitserregern, die gegen gängige Medikamente immun sind, und vermehrte gemeinsame Forschung, bei der Österreich eine wichtige und maßgebliche Rolle spielen kann
- Europaweite Diskussion um Durchimpfungsraten

Philip Kucher, SPÖ:

- Verbesserung des Impfschutzes und der Durchimpfungsquote
- Zugänglichkeit zu den bestmöglichen Arzneimitteln auch in kleinen Mitgliedsstaaten
- Einsatz für Maßnahmen der EU zur Eindämmung des Tabakkonsums in Form von Rechtsvorschriften, Empfehlungen und Informationskampagnen

Brigitte Povysil, FPÖ:

- Digitalisierungsmaßnahmen und E-Health
- Abbau der Impfskepsis
- Maßnahmen gegen Antibiotikaresistenz
- Gleicher Zugang zu Arzneimittelversorgung für alle EU-Bürger

Gerald Loacker, NEOS:

- Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für die forschende pharmazeutische Industrie (z.B. starker Patentschutz)
- Verstärkte grenzüberschreitende Vernetzung bei bestimmten Pflege Themen, z.B. bei der PflegegeldEinstufung für Österreicher, die ihren Lebensabend im Ausland verbringen

Daniela Holzinger-Vogtenhuber, Jetzt – Liste Pilz:

- Erweiterung der EU zu einer Sozialunion mit mehr Kompetenz auch für Gesundheitsfragen

Monika Vana, Die Grünen:

- Sicherstellung flächendeckender Gesundheitsversorgung in allen Mitgliedsstaaten, Abbau gesundheitlicher Ungleichheit
- Gewährleistung des Zugangs zu Medikamenten
- Schwerpunktsetzung auf Vorbeugung körperlicher und psychischer Gesundheitsprobleme, nicht nur auf deren Behandlung
- Verbannung von Glyphosat von den Äckern bei der nächsten Entscheidungsrunde spätestens 2022

Gesundheitspolitik

Gesetzesvorlagen, Empfehlungen und Vorgaben der EU, die Sie in Österreich vorantreiben oder umsetzen wollen:

Wichtigstes Gesundheitsthema, dem sich die EU in naher Zukunft widmen sollte:



ÖVP-Klub-Sabine Klimpl

Gabriela Schwarz, ÖVP:

- Engere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten für gemeinsame Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in puncto Impfschutz



SPÖ

Philip Kucher, SPÖ:

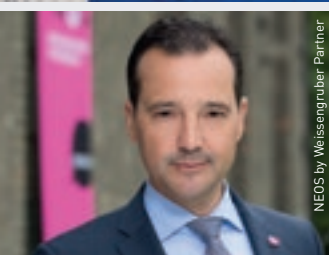
- Bekämpfung der Adipositas im Kindesalter



Parlamentsdirektion Photo Simonis

Brigitte Povysil, FPÖ:

- Bekämpfung der Antibiotikaresistenz
- Implementierung der Richtlinie 2001/24 zur Patientenmobilität



NEOS by Weissengruber Partner

Gerald Locker, NEOS:

- Beherzigung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und Aufgabe der restriktiven Haltung Österreichs in puncto Förderung von Cannabismedizin



Tempel

Daniela Holzinger-Vogtenhuber, Jetzt – Liste Pilz:

- Wirksamer Impfschutz
- Cannabismedizin



Alexandra Thompson

Monika Vana, Die Grünen:

- Umsetzung der 2021 in Kraft tretenden EU-Richtlinie zur Vermeidung von Plastikmüll (Einwegartikel aus expandiertem Polystyrol), zur Entsorgung von Zigarettenstummeln durch die Tabakindustrie und zu Sammelzielen für Getränkeflaschen

Gabriela Schwarz, ÖVP:

- Intensiverer Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten in Bezug auf Forschung und Innovation

Philip Kucher, SPÖ:

- Suchtbekämpfung (Alkohol, Tabak, sonstige Drogen)
- Investitionen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- Glyphosat-Verbot

Brigitte Povysil, FPÖ:

- Gleichberechtigter Zugang aller Europäer zu einer modernen und effizienten Gesundheitsversorgung, jedoch ohne Zentralisierung und Vereinheitlichung des Gesundheitssystems
- Vermehrte Kooperationen in Wissenschaft und Forschung
- Stärkung der eHealth-Infrastruktur

Gerald Locker, NEOS:

- Verfügbarkeit von innovativen Medikamenten für die Patienten

Daniela Holzinger-Vogtenhuber, Jetzt – Liste Pilz:

- Cannabismedizin
- Impfungen
- Flächendeckender Zugang zu guten medizinischen Leistungen in ganz Europa

Monika Vana, Die Grünen:

- Mehr Investitionen der Mitgliedsstaaten ins Sozial- und Gesundheitswesen, z.B. mindestens vier Prozent Investitionen für soziale Infrastruktur
- Bekämpfung rückschrittlicher Maßnahmen gegen die Gesundheit von Frauen in manchen Mitgliedsstaaten
- Garantie kostenloser und frei zugänglicher, qualitativ hochwertiger und sicherer Versorgung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit für alle sowie verstärkte Investition von Forschungsgeldern in Gendermedizin (z.B. durch Aufrufe an die polnische Regierung, den Zugang zur „Pille danach“ und zur sicheren und legalen Abtreibung nicht einzuschränken)

die forschende pharmazeutische Industrie einsetzen. „Dabei geht es mir vor allem um Dinge wie einen starken Patentschutz, um Forschung und Innovation zu stärken“, sagt Loacker. „Leider betreibt der Hauptverband der Sozialversicherungsträger das Gegenteil, nämlich eine Schwächung des Patentschutzes für Medikamente. Die Folge ist eine pharmafeindliche Stimmung, die bewirkt hat, dass wir als Europäer bei neuartigen Arzneimitteln oft nicht mehr in der ersten Welle dabei sind.“ Am Herzen liege ihm auch das Pflgethema, das trotz seines überwiegend regionalen Charakters auch eine europäische Dimension habe, sagt Loacker. So hätten Österreicher, die ihren Lebensabend in einem anderen EU-Land verbringen, zwar Anspruch auf finanzielle Leistungen des österreichischen Pflegesystems, die PflegegeldEinstufung könne jedoch nur in Österreich erfolgen. „Hier muss eine verstärkte grenzüberschreitende europäische Vernetzung der Systeme im Sinne der Pflegebedürftigen erfolgen.“

Die Grünen nennen eine Fülle von Themen, zu denen sie sich auf EU-Ebene einbringen wollen. Monika Vana, österreichische Grün-Abgeordnete im Europaparlament, erwähnt als Beispiele etwa den Kampf gegen Glyphosat oder die Einhaltung der vor elf Jahren beschlossenen Stickoxid-Grenzwerte durch die Automobilindustrie. Generell jedoch wolle man sich für den Abbau von gesundheitlicher Ungleichheit und die allgemeine Zugänglichkeit zu Medikamenten einsetzen. „Auf europäischer Ebene streiten wir auch dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden“, sagt Vana.

Sowohl bei der Zugänglichkeit zu Arzneimitteln als auch beim Glyphosat-Verbot liegen die Grünen offenbar auf einer Linie mit der SPÖ. Philip Kuchers Vorschlag ist eine österreichische Initiative: „Gerichtsurteile in den USA sowie interne Mailverkehre dokumentieren inzwischen: Glyphosat ist krebserregend“, sagt Kucher. „Exportieren wir das Kärntner Modell – der Kärntner Landtag hat ein Totalverbot der Anwendung im Privatbereich durchgesetzt – nach ganz Europa.“ Kucher möchte sich zudem für verstärkte

Maßnahmen gegen den Tabakkonsum einsetzen, der in der Europäischen Union das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko, die Hauptursache für vorzeitiges Sterben und jedes Jahr verantwortlich für fast 700.000 Todesfälle sei.

Für die Erweiterung der EU hin zu einer Sozialunion tritt Daniela Holzinger-Vogtenhuber von Jetzt – Liste Pilz ein. „Nur auf diese Weise können faire Arbeitsbedingungen und eine Angleichung der Lebensstandards erreicht werden.“ Auch sollten Gesundheitsthemen vermehrt in die Kompetenz der EU fallen. Die Abgeordnete fühlt sich in dieser Absicht bestärkt von der jüngsten Eurobarometer-Umfrage. „Da haben sich knapp 70 Prozent der europäischen Bürger dafür ausgesprochen, dass die EU im Gesundheitsbereich in höherem Maße tätig wird.“

EU-Themen für Österreich

Holzinger-Vogtenhuber sieht auch das Thema Nr. 1 „Impfen“ als ein Beispiel für Projekte, die aus der EU in die Nationalstaaten getragen werden müssen. Hier zeige sich, wie wichtig es sei, „europäisch zu denken“, sagt die Abgeordnete. „Krankheiten kennen keine Grenzkontrollen. Nur ein europaweiter guter Impfschutz etwa gegen Mumps und Röteln hilft, den Ausbruch von lebensbedrohlichen Krankheitswellen zu verhindern. Die EU sieht diesen Zusammenhang und bietet den nationalen Regierungen, so auch Österreich, hier umfassende Unterstützung an. Diese sollte in Anspruch genommen werden. Gerade ein kleines Land wie Österreich kann einen wirksamen Impfschutz nur dann gewährleisten, wenn es im Land die Impfpraten erhöht (zum Beispiel durch eine Impfpflicht) und wenn durch die europäische Ebene es auch den Nachbarländern ermöglicht wird, ihre Impfpraten zu steigern.“ Ein ähnliches Beispiel sei die Liberalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke. In der EU sei die Diskussion darüber viel weiter fortgeschritten als in Österreich. „Es wäre gut, wenn in der gesamten Union der Zugang zum Naturprodukt Cannabis in allen seinen Varianten in Apotheken ermöglicht werden könnte. Peter Kolba hat diesbezüglich eine europaweite Petition an die EU-Kommission Health and Food Safety gestartet, die ich unterstütze.“

Auch Gerald Loacker fordert in puncto Cannabismedizin ein Umdenken. „Während die WHO im Dezember 2017 offiziell empfohlen hat, den Stoff Cannabidiol (CBD) – einen Bestandteil von Cannabis – nicht international als kontrollierten Stoff zu erfassen, sind die Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten zum Einsatz von Cannabis in der Medizin sehr unterschiedlich. Österreich ist besonders restriktiv und unter Ministerin Hartinger-Klein noch restriktiver geworden“, sagt der NEOS-Gesundheits-sprecher. Das Europäische Parlament hingegen empfehle den Mitgliedsstaaten, Innovation im Bereich Cannabis in der Medizin zu fördern. „Hier wäre eine Beherzigung der Empfehlung des Europäischen Parlaments am Platz anstatt Showpolitik unter dem Mantel der Lebensmittelsicherheit. Derzeit schafft die Regierung aber nur eine unternehmerfeindliche Stimmung, Bürokratie und Verunsicherung.“

Monika Vana sieht Österreich vor allem in der Pflicht, mehr zur Befreiung des Planeten von Plastikmüll zu leisten. Es gelte, die von der EU beschlossene und im Frühjahr 2021 in Kraft tretende Richtlinie umzusetzen, die sowohl alle Einwegartikel wie Strohhalme, Besteck und Wattestäbchen sowie Kunststoffbecher und Lebensmittelbehälter aus expandiertem Polystyrol betreffe als auch die Tabakindustrie und die Getränkefläschensammelsysteme.

Für Philip Kucher haben bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in Österreich koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung von Adipositas im Kindesalter Priorität, für Gabriela Schwarz die europäische Zusammenarbeit für Forschung und Innovation im Gesundheitsbereich. ☘

Dr. Erika Pichler
pichler@schaffler-
verlag.com

